# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 267. Donnerstag, 15. November 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ¼6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben: 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Rund um die Krise.

qu. **Berlin.** An den beiden letzten Tagen war es im Reichstage ein ziemliches Durcheinander, gab es Rätselraten und Krisengerüchte. Noch ging die Debatte über den Ruhreisenkonflikt. Aber man fragte sich, was diesem Verhandlungsgegenstand folgen werde und in Aussicht genommen und durch den Aeltestenrat bereits festgesetzt war die Beratung des sozialdemokratischen Antrages zum Panzerkreuzerbau. Da kam Stresemann mit seiner Forderung zwischen, daß die außenpolitische Aussprache vorweggenommen werde. Stresemann hatte zunächst die Absicht, diese Debatte solange hinauszuzögern, bis die große Koalition gebildet sein würde. Da jedoch sich in diesen Tagen übersehen ließ, daß es mit der großen Koalition noch gute Weile habe, sagte sich der Außenminister mit Recht, es wäre praktisch, die außenpolitische Aussprache nicht nach der Panzerkreuzer-Auseinandersetzung festzulegen, denn der Panzerkreuzer erhitzt die Gemüter zu stark und die Folge davon wäre, daß sich der Unmut und die Gegensätzlichkeit der Parteien auch bei der außenpolitischen Debatte ausgewirkt hätte. Es war deshalb dem Außenminister gelungen, die Parteien und auch den Aeltestenrat zu bestimmen, die Panzerkreuzerfrage abzusetzen und die Außenpolitik dem Ruhr-Eisenkonflikt folgen zu lassen. Inzwischen aber spielten Dinge hinter den parlamentarischen Kulissen, die selbst den meisten Parlamentariern unbekannt geblieben sind. Die Beschlüsse wurden wieder umgeworfen und die Bestimmung getroffen, der Reichsaußenminister solle mit seiner Außenpolitik warten: Die Panzerkreuzerfrage sei der folgende Gegenstand der Reichstagsberatung. Nachdem Stresemann sich vergewissert hatte, daß er nicht allzu harten Stand haben werde, gab er schließlich seine Zustimmung, und nun wird das Ende dieser Woche vom Panzerkreuzer beherrscht. Erst in nächster Woche wird der Reichstag Außenpolitik treiben.

Zur Stunde laufen in der Panzerkreuzerangelegenheit noch immer die wildesten Gerüchte um, da niemand in Wahrheit den Ausgang der Aussprache und den Ausgang der Abstimmung übersehen kann. Man weiß: Der Reichswehrminister Groener setzt sich mit aller Macht für den Panzerkreuzerbau ein, er hat bereits Bestellungen — und er glaubte die Kompetenzen dazu zu haben — weit über die bewilligten 9 Millionen Mark hinaus gemacht. Er hat den Reichspräsidenten auf seine Seite zu ziehen versucht, er hat eine Denkschrift ausgearbeitet, er hat mit den Parteien einzeln verhandelt, und immer wieder betont, er werde unweigerlich seinen Abschied nehmen und nicht wiederkehren, wenn der Panzerkreuzerbau unterbunden werden sollte. Das hieße mit anderen Worten: Wird der Panzerkreuzerbau abgelehnt, so scheidet der Reichswehrminister unweigerlich aus. Ob diese Demission eine Kabinettskrise zur Folge haben könnte, weiß man nicht. Es wird aber in parlamentarischen Kreisen vermutet. Die Angelegenheit hat aber noch eine andere Seite. Bekanntlich haben die drei sozialdemokratischen Minister in der Reichsregierung die erste Rate für den Panzerkreuzer mitbewilligt. Die sozialdemokratische Fraktion hat aber den Antrag gestellt, daß weitere Mittel für den Panzerkreuzer nicht mehr bewilligt werden dürfen. Die Partei desavouiert also ihre drei Minister. Nun ist man auf die Haltung der drei Minister gespannt. Auf der einen Seite haben sie zum Panzerkreuzerbau ihre Zustimmung gegeben, auf der anderen Seite sehen sie sich jetzt durch Fraktionsbeschluß gebunden, dagegen zu stimmen. Wie die drei Minister aus dem Dilemma kommen werden, weiß man ebenfalls noch nicht. Gewiß werden sie zufällig bei diesen Verhandlungen fehlen, wenn sie nicht eine Stimmenthaltung bei der Abstimmung vorziehen. Die Abgeordneten, die alles systematisch mit dem Bleistift berechnen, behaupten, der sozialdemokratische Antrag werde sang- und klanglos verschwinden, durch eine große Mehrheit abgelehnt werden. Damit ist aber der Streit um die nächsten Raten für den Panzerkreuzerbau noch nicht beseitigt.

## Die parlamentarischen Arbeiten.

**Berlin.** (Funkspruch.) Im Reichstage trat heute vormittag neben dem Haushaltsausschuß, der in vertraulicher Sitzung über Kreditfragen berät, auch der sozialpolitische Ausschuß zusammen, der, wie das Nachrichtenbüro des VDB. erfährt, die ihm gestern überwiesenen Anträge zur Aussperrung in der Eisenindustrie mit möglichster Beschleunigung erledigen will.

Vor der Plenarsitzung, die um 3 Uhr die Panzerkreuzerfrage aufnehmen will, halten die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei Sitzungen ab.

Dem Plenum liegen der sozialdemokr. und der komm. Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A und die kommunistische Interpellation über den Kabinettsbeschluß zur Inangriffnahme des Baues vor. Dazu ist heute noch der Antrag der Wirtschaftspartei gekommen, der ein umfassendes Marinebauprogramm und bis dahin die Aussetzung des Baues des Panzerkreuzers A verlangt.

# Ende der Aussperrungsdebatte im Reichstage.

vdz. **Berlin**, 14. November, 3 Uhr nachm.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. **Eichker** (Komm.) die Herbeirufung des Reichskanzlers Müller, damit die Stellungnahme des Kabinetts zur Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung an die Ausgesperrten dem Reichstag mitgeteilt werde.

Der Antrag wird abgelehnt.

In der dann fortgesetzten Aussprache über die

### nordwestdeutsche Aussperrung

erklärt Abg. **Wagner** (Rat.-Soz.), der Lebensstandard der deutschen Arbeiter sei unerträglich geworden. Die Nationalsozialisten ständen entschieden hinter den Arbeiterforderungen. Zum Zentrumsantrag beantragt die Nationalsozialistische Arbeiterpartei eine Ergänzung, in der die Beseitigung der Dawesgesetze gefordert wird. Zum kommunistischen Antrag beantragt sie die Aenderung, daß die Ausgaben für die den Ausgesperrten zu gewährenden Reichsunterstützungen aus den Dawestributen und einer Sonderbesteuerung der Bank- und Börsenfürsten zu bestreiten sind. Solange die Unternehmer mit dem internationalen Großkapital verbunden sind, werden die Nationalsozialisten gegen sie Front machen. Wenn der Generalstreik einmal nötig sein wird, dann wird er geführt gegen den Dawespakt und seine Garanten (Rufe b. d. Soz.: Blödsinn!).

Abg. **Döbrich** (Chr. Bauernp.) erkennt die Notwendigkeit eines staatlichen Schlichtungswesens an, wünscht aber eine Aenderung des jetzigen Systems. Die ständige Wiederkehr von Lohnerhöhungen müsse schließlich eine neue Inflation heraufbeschwören. Die letzte Besoldungsreform für die Beamten habe den Stein neu ins Rollen gebracht. Die Leidtragenden bei dieser Entwicklung seien die deutschen Bauern. Für sie sei wenig Verständnis vorhanden, obwohl eine wichtige Lebensfrage der deutschen Wirtschaft die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes sei. Der Bauer könne es nicht verstehen, daß er schuften müsse ohne Gewinn, während der aus öffentlichen Mitteln unterstützte Arbeitslose mit der Zigarette im Schnabel herumspaziere (erregte Zurufe b. d. Soz. und Komm.). Die Christliche Bauernpartei könne nicht die vorliegenden Anträge unterstützen, weil diese Anträge eine einseitige Stellungnahme für die eine der kämpfenden Parteien erkennen ließe.

Abg. **Schmidt**, Berlin (Soz.) meint, die Stellungnahme des Vorredners laufe praktisch auf eine Unterstützung der Großindustrie hinaus. Selbst von den Rednern der Rechten sei die Verteidigung der Unternehmer sehr matt geführt worden. Es sei eben schwer, für eine schlechte Sache gute Argumente zu finden. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband habe sich im Gegensatz zum deutschnationalen Redner in schärfster Weise gegen die Unternehmer gewandt. Gerade die Großeisenindustrie habe keinen Anlaß, über schlechte Zeiten zu klagen. Ihr gehe es besser als den meisten übrigen Industrien. Die Diktatur der großen Konzerne müsse durch die Macht des Staates beschränkt werden. Die Arbeiterschaft werde den Kampf für ihre Gleichberechtigung aufnehmen.

Abg. **Nieutimp** (Ztr.) begründet einen Antrag, es mögen die Schädigungen festgestellt werden, die Handwerk, Einzelhandel und Landwirtschaft aus der Aussperrung erwachsen sind, und es möge dem durch die Aussperrung geschädigten gewerblichen Mittelstande mit Steuererleichterungen und Notstandskrediten geholfen werden.

Abg. **Ulbricht**, Westfalen (Komm.) führt Beschwerde darüber, daß den Ausgesperrten im Ruhrgebiet die Veranstaltung von Straßendemonstrationen verboten worden sei. Die aussperrende deutsche Eisenindustrie erhalte vom Internationalen Stahltrust monatlich acht Millionen Mark. Damit werde der Kampffonds gegen die Arbeiter gestärkt. — Der Redner begründet einen kommunistischen Antrag, der der Reichsregierung das Mißtrauen ausspricht. Als der Redner wiederholt von „Hundsfott-Groener" spricht, wird er zur Ordnung gerufen.

Abg. **Mollath** (Wirtsch.-P.) stimmt dem Zentrumsantrag zugunsten des gewerblichen Mittelstandes zu und erweitert ihn durch einen Zusatzantrag, wonach im Aussperrungsgebiet der auf den 15. November fallende Steuer-Vorauszahlungs-Termin für die Gewerbetreibenden sofort aufgehoben werden soll.

Damit schließt die Aussprache.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Schlichtungswesens wird abgelehnt, ebenso gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten der kommunistische Mißtrauensantrag. Alle übrigen Anträge werden dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Ohne Aussprache werden dann in allen drei Lesungen angenommen das deutsch-britische Abkommen über den Rechtsverkehr, eine Ergänzung zum Haager familienrechtlichen Abkommen, das deutsch-niederländische Grenz-Abkommen im Rheinschiffsverkehr, in erster und zweiter Lesung der Gesetzentwurf über die Vereinigung von Waldeck mit Preußen.

Der deutsch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag und das Uebereinkommen über die Sklaverei werden dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Die Anleihe-Denkschrift 1927 geht an den Haushaltsausschuß.

Um 5¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A.

# Führertagung des Reichs-Landbundes in Berlin.

vdz. Der Reichslandbund veranstaltet in diesen Tagen in Berlin eine Führertagung, die unter dem Leitgedanken

### „Wege der Selbsthilfe der deutschen Landwirtschaft"

steht. Auf dem Begrüßungsabend am Mittwoch im ehemaligen Herrenhause nahm auch der Präsident des Reichslandbundes, Reichsernährungsminister a. D. Schiele, das Wort zu programmatischen Ausführungen, die in einem Aufruf zur Selbsthilfe gipfelten.

Im einzelnen legte er dar, daß die deutsche Landwirtschaft durchdrungen sei von unverzagtem Lebens- und Kampfeswillen, daß aber alle ihre Anstrengungen erfolglos bleiben müßten, wenn nicht Reich und Staat eine Wirtschaftspolitik trieben, die Lohn und Ertrag auch für die Landwirtschaft sichert. Die Landwirtschaft fordere keine besondere Staatshilfe, wohl aber, daß endlich in der offiziellen Wirtschaftspolitik ihre Belange als gleichberechtigt betrachtet werden. Der kentische Bauer sei von Natur durchdrungen vom Gefühl der Staatsbejahung. Ereignisse wie die in Kyritz seien Gefahrenzeichen einer Zeit der Verwirrung in den Beziehungen von Bauer und Staat. Aber das Bauerntum sei auch im geschichtlichen Werden der eigentliche Kernbestandteil des Staates. Der Bauer baue den Staat. Daraus ergebe sich sein Anspruch, bei den großen Entscheidungen über das Schicksal des Staatswesens gehört zu werden und mitzubestimmen, wenn innenpolitisch und außenpolitisch über die Zukunft der Nation entschieden wird.

Der Redner legte dann die vernichtenden Wirkungen der Auslandskredite für die deutsche Landwirtschaft dar. Diese Auslandskredite hätten sich umgesetzt in eine geborgte Nahrungsmitteleinfuhr von jährlich etwa drei Milliarden, die schon jetzt rund zehn Milliarden betrage. Für sieben bis acht Milliarden dieser Einfuhr hätten wir aber aus eigener Kraft produzieren können. Um das in Zukunft zu erreichen, sei vor allem eine wirksame Fortführung der Umschuldung notwendig unter Einführung erträglicher Zinssätze.

Die Landflucht im Osten sei eine soziale und nationale Gefahr. Das dichter gesiedelte Volentum dringe heute noch wirtschaftlich, eines Tages aber auch politisch gegen den Bestand der deutschen Grenzmark vor. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit der Förderung der Ostsiedlung, die rentable Wirtschaftsmöglichkeiten zu unerläßlicher Voraussetzung habe.

Dann streifte der Redner die Gefahr der polnischen Schweineeinfuhr, würdigte die Bedeutung des polnischen Handelsvertrages auch in diesem Zusammenhange für die Landwirtschaft und betonte, je mehr man der Landwirtschaft behilflich sei, wieder rentabel zu werden, umso eher erhalte man wieder ihre Kaufkraft im Werte von zwei bis zweieinhalb Milliarden für den Binnenmarkt.

Nachdem Schiele sich noch gegen die Aufhebung des Transferschutzes und gegen die Kommerzialisierung eines Teiles der Gesamtlast geäußert hatte, betonte er, daß alle Versuche der Selbsthilfe zum Scheitern verurteilt wären, wenn wir nicht der Nahrungsabhängigkeit Herr würden, die uns in unseren eigenen Entschließungen unfrei mache. Ich will, so schloß er, nicht übertreiben und Hunger oder Teuerung prophezeien. Aber daß schwerste Erschütterungen drohen, wenn ein allmähliches Versiegen der Nahrungsmitteleinfuhr eine durch Steuerdruck und Zinsüberlastung leistungsschwach gewordene Landwirtschaft trifft, ist sicher. Gerade hieraus schöpfen die Landwirte den sittlichen Antrieb für die große Planarbeit zur Selbsthilfe, die diese Tagung vorbereiten soll.

## Um den Panzerkreuzerbau.

vdz. **Berlin.** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am Mittwoch abend nach einem Referat des Reichskanzlers Müller beschlossen, daß alle Mitglieder der Fraktion einschließlich der Kabinettsmitglieder dem Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers zustimmen haben. Im Plenum wird voraussichtlich außer dem Reichswehrminister auch der Reichskanzler Müller das Wort nehmen, um den Kabinettsbeschluß auf Inangriffnahme des Baues zu rechtfertigen. Nach einer Besprechung zwischen Vertretern des Zentrums und der SPD. im Laufe des Tages schienen die bestehenden Schwierigkeiten ausgeräumt zu sein. Nachdem aber die Reichstagsfraktion Fraktionszwang für den Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues beschlossen hatte, sah die Zentrumsfraktion in ihrer Fraktionssitzung die Sache so an, daß eine neue Lage eingetreten ist. Daraufhin brach sie ihre Besprechung ab.

SLUB
Wir führen Wissen.